

Die wesentliche Aufgabe der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer.

Den Geschäftsbereich erstattete Geschäftsführer Lehmann abschließend mit jeweiliger spezieller Disposition. Er bezieht die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer als die wichtigste Aufgabe der Krankenkassen, die sich auch an der Fürsorge für die Kriegsgeschädigten tatkräftig beteiligen sollen. Die Durchführung der notwendig werdenden Heilverfahren muß eine finanzielle Angelegenheit des Reiches sein. Der Wucher auf dem Arzneimittelmarkt erfordert energische Maßnahmen der Reichsregierung; es muß eine Besondereaufnahme stattfinden, die ermittelten Vorräte müssen beschlagnahmt und die Verteilung einer Kriegsgesellschaft übertragen werden, in deren Aufsichtsrat auch die Krankenkassen vertreten sein müssen. Das Abkommen mit den Berufsvereinigungen ist abänderungsbedürftig. So lange nicht eine Änderung der Reichsversicherungsordnung den Kranken gesetzlichen Anspruch auf Erstattung der Unkosten aus Betriebsausfällen vom Beginn des Versicherungsfalles an gibt, muß zum mindesten darauf gedrungen werden, daß voller Ersatz für diese Kosten nach Beginn der 13. Woche nach dem Unfall geleistet wird. Das Verhältnis zu den Erbschaften bedarf der Neuregelung. Die Erbschaften waren früher bei der Regierung liegend, bei Beginn des Krieges haben sie die Kriegsteilnehmer vor die Tür gesetzt (Zuruf: National!), weil sie die finanziellen Lasten nicht einbringen können. Jetzt ist ihnen auf unsere Anlagen hin durch Bundesratsverordnung die Verpflichtung auferlegt worden, die Kriegsteilnehmer während des Krieges weiter zu unterstützen. Die Erbschaften durchbrechen den wichtigen Grundsatz der Zwangsversicherung! Sie mögen als Hilfs- und Zuschußklassen weiter bestehen, dürfen aber nicht weiter als Ersatz für die Ortskrankenkassen gelten, die nicht auf die günstigeren Versicherungsstellen der Erbschaftenmitglieder verlagert werden können. Dazu treiben die Erbschaftenverbände eine marktschreierische Reklame mit unwahren Behauptungen, so daß die Ortskrankenkassen aus der Beitragsgemeinschaft der Arbeitgeberanteile für Rechnung der Erbschaften große Gewinne erzielen. Die Krankenkassen müssen in reicheren Weise Besondere haben, zu den Versammlungen der Rassenvereinigungen aus allen Gruppen der Rassenverwaltung Vertreter zu entsenden.

In der Diskussion konstatierte Rechtsanwalt Dr. Mayer-Frankenthal noch, daß sich die Bereinigung der Krankenkassen bestens bewährt hat und daher auch die rechtsmäßigen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit der Rassenvereinigungen aufgehoben werden sollten. Die gleiche Forderung erhob Genosse Reichstagsabgeordneter Bauer, der das ganze Aufsichtswesen in der Reichsversicherungsordnung als einen Mangelzustand gegen die Versicherten kennzeichnete. Die Entschädigung der Delegierten der Rassenvereinigungen muß gemäß den Satzungen der Rassen erfolgen. Graf-Frankfurt a. M. berichtete, daß trotz des Weltkrieges noch immer Verwaltungsgremien die Rassen schützten. Diese Leute gehörten eigentlich in den Schützengraben. Biersch sind die Rassenverwaltungen auch zu ängstlich.

Im weiteren Berichterstatter empfahl Geschäftsführer Lehmann den Rassenverwaltungen Sammlung und Zusendung von Material für die nach dem Kriege notwendige Reform der R.V.D. Einstellung von Kriegsgeschädigten empfiehlt sich nur bei entsprechend vorgebildeten Personen. Vereinbarungen zwischen Orts-, Betriebs-, Innungs- und Gewerkschaftenverbänden zu schnellerer und gründlicherer Heilung solcher Kranker, die sich nicht im Krankenbezirk aufhalten, indem man ihnen auf Ersuchen der leistungspflichtigen Rasse das Geld durch die Krankentafel ihres Aufenthaltsortes überweist, sind abgeschlossen. Die Gehälter der Rassenbeamten müssen durch Leistungszuschüsse erhöht werden. Die zahlreichsten Verbände versuchen überall wie die Ärzte ungerechtfertigte Forderungen zu erheben; dagegen helfen nur eigene Zahnkliniken der Krankenkassen. Die Beteiligung der Krankenkassen an Ausstellungen muß generalisiert werden. Der Hauptverband besitzt jetzt eine eigene Verlagsgesellschaft, die Verlagsstelle für das Heftwesen hat gut gearbeitet.

Der Vorstand erhielt den Auftrag, eine Kommission zu bilden, die die Reform der Reichsversicherungsordnung beraten und einen Musterdienstvertrag ausarbeiten soll.

Kommunizant Simon-Berlin (Unternehmensvertreter) ermunterte zur Zeichnung von Kriegsanteilen.

In seinem Bericht über die Frage betonte Genosse Frähdorf, daß sich das Berliner Abkommen nicht bewährt hat; die Schiedsämter haben Urteile gefällt, die zum Ruin der Rassen führen müssen. Bei unseren Bestrebungen, die Fremdenhilfe auszubehalten, stoßen wir auf Verständnislosigkeit der Arbeitsorganisationen. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Den Rassen wird empfohlen, Ärzteverträge abzuschließen, die Pauschalgebühren, die höhere Aufwendungen als Einzelbezahlung verursachen, nicht paritätische Zuschüsse und Verteilung des Arzthonorars ohne Mitwirkung der Rasse vorsehen.

Der Verwaltungsdirektor Rohm-Berlin referierte über die Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bekämpfung von Volkskrankheiten. Er legte der Versammlung folgende Resolution vor:

Die wichtigste Bekämpfung der Volkskrankheiten ist die Krankheitsverhütung. Auf Grund des § 368 R.V.D. sind die Krankenkassen berechtigt, Mittel für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung zu verwenden. Dieses Recht müssen sie zur Ergänzung und Förderung der bestehenden

Volkskraft in größerem Umfang als bisher ausüben. Folgende praktische Maßnahmen sind notwendig:

1. Aufklärung, Wanderausstellungen und Vorträge, unentgeltliche Verteilung von Schriften, Krankheitsstatistik.
2. Pflege in Heil- und Erholungsstätten. (Errichtung solcher Anstalten durch Rassenverbände.)
3. Bäderfürsorge.
4. Wohnungsfürsorge (Wohnungsuntersuchungen, Ausleihung von Kapital an Baugenossenschaften).
5. Jahnpläne.
6. Fürsorge für Geschlechtskranke, Tuberkulöse, Trinker in nachhaltiger Weise durch geeignete Rassenleistungen. Engste Gemeinschaftsarbeit mit den Landesversicherungsanstalten, den Beratungs- und Fürsorgestellen, den sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen und den Organisationen der privaten Fürsorge.

Dazu wurde mitgeteilt, daß zahlreiche Versicherungsanstalten bereits Beratungsstellen für Geschlechtskranke geschaffen haben und andere solche vorbereiten. Die Resolution wurde angenommen.

Schließlich sprach noch Rechtsanwalt Bendorf-Dresden über die Förderung des Kleinwohnens durch die Krankenkassen, die im Interesse der Volkswohlfahrt liegt.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz.

Rede des Genossen Saase.

Auf die Mahnung Scheidemanns zur Leidenschaftslosigkeit fielen die beschimpfenden Knastworte Eberts, und Scheidemann selbst hat durch die Unterscheidung zwischen Akademikern und Arbeitern gemäßigter an die schwache Faust appelliert. Niemand in diesem Saale wird das Wallfisch-Flugblatt verteidigen, aber man darf nicht eine Flug-schrift herausreißen, um alle zu verdammnen, man muß den Nährboden beräufichtigen, aus dem diese Flug-schriften herauswuchsen. Verzerrte Pamphlete sind eine Folge der Zensur. Waren es Feiglinge, die unter dem Sozialistengesetz anonyme Flug-schriften verbreitet haben? Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gehört zu denjenigen Methoden, die unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. Wir haben den verhassten Genossen stets unsere Sympathie zugewandt (Zuruf: „Wenn sie im Dienste der Partei tätig waren!“), wollen Sie bestreiten, daß diese Genossen nicht auch glaubten, im Dienste der Partei zu handeln? (Beifall und Handtastchen bei der Opposition.) Das Antiflugblatt hat tief verblüffend gewirkt, zumal es von den Anlagbehörden ausgenutzt werden kann. Bei einer früheren Gelegenheit, im März 1915, hat der Parteivorstand nur in einem Rundschreiben vor der Verbreitung eines Manifestes gewarnt, auch dieses wurde schon ausgenutzt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß ein Berliner Gewerkschaftler, der die Verbreitung dieses Aufrufs ablehnte, deshalb verhaftet wurde. (Hört! hört!) — Der Redner weist auf die Sympathieumgebungen für Liebknecht hin und wendet sich gegen die Abschüttelung denartiger Regungen, sowie besonders entschieden gegen die Reichstagsrede Heines am 18. Januar 1916, in der Heine auch scharfe Maßregeln gegen diejenigen billigte, die auf die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Truppe und der Wehr, des Willens zur Vaterlandsvverteidigung nicht Rücksicht nehmen. (Beifall. Hört! hört! bei der Opposition.) — Dr. David: Heine hat das aufgefärlt! Es genügt, daß solche Äußerungen fallen. Gerade Heine sollte seine Worte nicht so sorgfältig abwägen, wie man es jetzt tun muß? Und die „Fadell“ ist so weit gegangen, gewisse Flugblätter als englisch-russische Coäpiphelen hinzustellen, die Propaganda als ehrs und waterlandlos. (Hört! hört! und Zurufe.) Daß diese Parteigenossen guten Glaubens und Willens sind, kann man doch nicht bestreiten, nicht einmal die Staatsanwältin sehen in diesen Handlungen wärtigen Vandenservat. — Durch Zurufe und Warnungen kann der Parteivorstand nicht eine Bewegung nieder-schlagen, die aus solcher Zeit entsteht. Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben. (Zuruf: Aber davor warnen darf man!) Glauben Sie nicht, daß das ruhen wird. — Der Redner erklärt es gegenüber einer angeblichen Denunziation für unwahr, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Vertrauensmänner in Holland oder aus Holland gekommene in Deutschland hat.

Ebert hat neun Spielarten der Opposition entdeckt, aber wenn man von der alten Fraktion die Genossen absondert, die in wirklichen Grundfragen die sozialistischen Anschauungen nicht mehr vertreten, dann hat der Fraktionsvorstand und der Parteivorstand in der alten Fraktion nicht mehr die Mehrheit und darum scheidet er sich auf eine Anzahl politischer Köpfe, die er von sich abstoßen muß; gegenüber ihren bedenklichsten Seitenprüngen ist er überaus milde, gegen die Opposition geht er vornehmlich mit sponsernem Geschick vor. Gewiß greifen die Spartacusteile uns noch heftiger an als die Mehrheitsfraktion, aber Sozialdemokraten müssen auch die allerheftigste Kritik ertragen, wir gehen nicht gegen jedes Schimpfwort mit einer geharischten Erklärung vom Leder, schon um nicht die Opposition immer weiter von uns zu trennen. Es ist richtig, daß, wie Ebert ausführt, die Partei sich für ihre Abstimmung vom 4. August 1914 nicht irgendwelche Verpfändungen von der Regierung hat geben lassen, Nichtstun aber will ich den Vertretern, daß ich es

gewesen sei, der vor dem 2. August die Verhandlungen mit der Regierung geführt habe. Ich wurde am 28. Juli 1914 in das Preussische Ministerium des Innern geladen und holte Braun telegraphisch dazu — Ebert, Scheidemann und Wolfenbühler waren von Berlin abwesend —, es handelte sich bei dieser Unterredung lediglich um unsere Protestverfammlungen gegen den drohenden Krieg. Man erklärte uns, daß die Regierung diese Versammlungen nicht verbiete, auch gar nicht das Recht dazu habe, uns aber aufzuklären wünsche, damit diese Versammlungen nicht eine Gefahr für den Frieden würden; es komme alles darauf an, ob die parawissenschaftliche Strömung in Rußland die Ueberhand gewinne, unsere Redner sollten deshalb vermeiden, durch irgend eine unvorsichtige Bemerkung dieser Strömung in Rußland Nahrung zu geben; wenn Rußland gegen Oesterreich-Ungarn vorgehen sollte, würde Deutschland sich an die Seite Oesterreichs stellen. Ich erklärte sofort, daß David in unserem Namen im Reichstage ausgeführt hatte, das Bündnis zwischen uns und Oesterreich-Ungarn sein ein reines Devoensbündnis, dessen Voraussetzungen nicht gegeben seien, wenn Oesterreich zuerst zum Kriege gegen Serbien schreite. Man erwiderte mir, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung den Vertrag nicht so auslegen. Eine weitere Unterredung habe ich mit keinem Manne aus der Regierung bis zum 3. August gehabt, an welchem Tage ich der Besprechung des Reichstages mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen beizumiste. Allerdings hatte der Reichstagsler, während ich als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel war, wegen einer Unverletzung bei mir antelephoniert; auch Ebert, Scheidemann und Wolfenbühler waren abwesend, er wandte sich deshalb an Siedem, der sofort dem Parteivorstand berichtet hat. Wir hatten uns im Parteivorstand einmütig dahin verständigt, unter keinen Umständen während des Krieges von der Regierung irgend eine Gefälligkeit zu fordern, um auch nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir irgend eine Erkenntlichkeit dieser Art von der Regierung erwarteten. Ich habe auch unter Berufung darauf die Reklamation einiger Genossen aus dem Parteivorstand zurückgewiesen, der Parteivorstand stimmte darin überein, daß er nicht als Parteivorstand, sondern nur seine Mitglieder als Inhaber von Geschäften aus geschäftlichen Gründen Reklamationen beantragen dürfen. Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir die gegebene Situation nicht mit allen Kräften auszunutzen hatten, um politische Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Solche Forderungen in solcher Zeit haben aufstrebende Klassen stets als ihr Recht angesehen. Was ist nun geworden? Nichts, wenigstens nichts Wesentliches ist in dieser Zeit erreicht worden. Bei der Lebensmittelversorgung haben die Agrarier und der Handel trotz unserer Aktionen das Möglichste erreicht — die Agrarier haben ihre Taktik angewandt, wir die unsrige nicht. Mit Eingaben erreichen wir nichts, die Handhabung von Zensur und Belagerungszustand ist Ihnen bekannt. Wir haben eben keine Macht. (Zuruf: Weil Sie keine Macht entwickeln wollen. — Auf: Warum denn nicht? — Gegenruf: Weil Sie sich als Regierungshandlanger gefallen!) Die Reform des Vereinsgesetzes ist eine Lappalie. § 3 wurde nicht geändert, sondern nur ausgelegt und mit Fingerglied versehen. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Wir haben Verbrauchssteuern und die Umsatzsteuer bekommen. Auf unsere Abstimmung über die Kriegsteuervorlage kam es gar nicht an, die bürgerlichen Parteien hatten bereits ihr Steuerprogramm fertig und brauchten dafür das Freigebot der Kriegsteuer. Das hat selbst die Gemäßigten Volksstimme ausgesprochen, wie kann man da uns mit Steinen bewerkeln. Ein Steuerbündel ist in seiner Gesamtheit zu bearbeiten. — Die Regierung treibt die alte Politik weiter, nur mit anderen Mitteln und der frühere entschiedenste Gegner unterstützt sie dabei, wie auch Herr o. Hendeband in Frankfurt hervorgehoben hat. Die Mehrheit ist die Gefangene der Regierung, die sie in entscheidenden Fragen nicht mehr beschöpfen kann. Bei uns gilt Parlamentarismus der Kriegführung als das schlimmste Verbrechen, in anderen Ländern wird sie ausgiebig geübt, z. B. gegenwärtig in Ungarn. Im Kriege sind die Interessen der verschiedenen Klassen ebenso verschieden wie vorher, ja die Arbeiter leiden noch mehr als vorher. Scheidemann aber sprach immer nur vom Volksgangen, nicht von denjenigen Klassen, deren Interessen wir vertreten sollen. (Beifall und Widerspruch.) Statt der scharfjammrigen Ausdrücke unserer großen Theoretiker spricht man jetzt in wiederholigen Ausdrücken, unter denen jeder etwas anderes versteht; so hat ja auch die „Kreuz“ und die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, mit der Politik des Parteivorstandes könne man einverstanden sein, es komme nur darauf an, mit welchen Mitteln man die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit fordert. — Die Arbeiterklasse, die alles getan hat, um den Krieg fernzuhalten, durfte und muß die Verantwortung für ihn ablehnen. Wir haben das zwar am 4. August gesagt, aber die Tat war die Abstimmung. Mühen wir damals zuzustimmen?

Am 3. Dezember 1912 hat David im Reichstage in der schärfsten Weise gefordert, daß Deutschland die Wiener Militärpartei am Krieg indere. Am 25. Juli 1914 hat der Parteivorstand in einem Aufruf sowohl das Treiben der großserbischen Nationalisten verurteilt, aber auch stammenden Protest gegen das österröichs-ungarische Ultimatum erhoben. Der deutsche Notenwechsel mit Oesterreich-Ungarn wird bisher geheim gehalten. Das deutsche Volk muß ja, daß Deutschland Oesterreich-Ungarn freie Hand ließ. Die Note an Serbien wurde selbst in der „Frankfurter Zeitung“, der „Post“ und der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ als ein Kriegserklärung erklärt. David hat mit Recht damals erklärt,

